



Beizugspreis für Abonnenten in Breslau 2 Tlhr., außerhalb incl. Porto 2 Tlhr. 11/2 Sgr. Inverordnungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter den Vertrieb der Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 222. Mittag-Ausgabe.

Derundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 15. Mai 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Triest, 14. Mai. Mit der Levante-Post eingetroffene Nachrichten melden aus Konstantinopel vom 9. d. M. als Gerücht, daß Fuad Pascha zum Großvezier und Omer Pascha zum Seraskier ernannt worden seien.

Aus Athen wird vom 9. berichtet, daß die Kammer das Budget votirt, die Grundsteuer herabgesetzt und die Gebäudesteuer erhöht hat. Die Demissionen des Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern, des Meisters und der Finanzminister waren angenommen worden. — In Nauplia hatte ein Conflict zwischen der Garnison und der Gendarmerie stattgefunden.

Mit der Ueberlandspost eingetroffene Berichte melden aus Kalkutta vom 8. April und aus Hongkong vom 1. April, daß General d'Almeida zum Befehlshaber des französisch-chinesischen Corps ernannt worden sei. Die britischen Truppen waren auf Befehl Bruce in Taku zurückgehalten worden. Der Admiral Cooper wollte in Taku eine Demonstration machen, im Nothfalle mit den Franzosen gemeinsam die Lufschiffen besetzen. Die Japanesen, die fortwährend Dampfer und Munition kaufen, wollen die Vermittelung des amerikanischen Gesandten anrufen. — In Jeddo herrschte noch immer große Aufregung gegen die Fremden.

Paris, 14. Mai. Die heutige „Patrie“ sagt: Die offiziellen Berichte bestätigen die Einnahme der Stadt Puebla, mit Ausnahme von zwei Forts, deren Uebergabe ohne Kampf unvermeidlich sei. Der heftige Widerstand zwang die französischen Truppen, Haus für Haus zu nehmen.

London, 13. Mai. Der Postdampfer „Jura“ hat Nachrichten aus Newyork bis zum 2. d. und 9000 Dollars an Contanten gebracht. Die Bundesarmee, die unter Hooker den Rappahannock überschritten, hat die Conföderirten auf der ganzen Linie überfallen und ihnen unter geringem Widerstande 300 bis 500 Gefangene abgenommen. Sie hat Stellung genommen, um gegen die Hauptmacht des Feindes vorzugehen. Die „Newyork Tribune“ ist der Ansicht, daß Lee nur die Wahl habe, Fredericksburg zu räumen oder geschlagen zu werden. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz haben die Unionisten einen Golf (?) zwischen Vicksburg und Port Hudson besetzt. Das Gerücht von der Abreise von Agenten nach Europa behufs einer zu contrahirenden Anleihe ist falsch.

Lemberg, 13. Mai. Die Insurgenten sollen sich in den Waldungen bei Zydomir sammeln. Die Bauern sollen 140 derselben aufgegriffen und an die Behörden ausgeliefert haben. — Die Insurgenten beabsichtigen bei dem Aufstande auszuhalten und denselben auch über Volhynien und Podolien auszubreiten, um eine Basis für die diplomatische Action zu gewinnen.

Lemberg, 14. Mai. Die Zersprengung des Czjoranski'schen Corps, welches zuletzt kaum noch 300 Mann zählte, die sich ohne auf ein weiteres Gefecht einzulassen, zerstreut haben, wird bestätigt. Eben so wird durch flüchtige Insurgenten bestätigt, daß auch das Corps unter Czajkowski zerlegt worden sei; der Rest desselben habe sich in die Wälder von Swienty Krzyz gezogen. Nach einem Gerüchte ist bereits in einigen Bezirken Podoliens und Volhyniens der Aufstand ausgebrochen.

Ein Telegramm der „Gazeta Narodowa“ meldet aus Brody, daß 600 gut bewaffnete und berittene Insurgenten am 10. Mai in Lubar eingerückt seien, dort 200 Mann Verstärkung erhalten haben, und am 11. unter Anführung der Brüder Dunin nach Ostropol und Luban gezogen seien.

Lemberg, 13. Mai. Von Bielins bis Schwalowice treten Insurgenten in Haufen von 20 bis 30, meist ohne Waffen, vom Czajkowski'schen und Czjoranski'schen Corps über. Batrouillen haben bereits bei 200 Stück Waffen und 30 Pferde gefunden. Kaiserlich russische Truppen stehen an der Grenze und respectiren die Grenze.

Lirin, 13. Mai. Die „Opinione“, den Anklagen der Oppositions-Mitglieder des englischen Parlaments antwortend, constatirt die Bemühungen der italienischen Regierung für die Bewaffnung der Bevölkerung in den südlichen Provinzen. In eine Provinz allein wurden jüngst 70,000 Gewehre geschickt. Dies beweist, daß die Regierung auf den Bestand der Bevölkerung zähle, um den von außen kommenden Angriffen zu begegnen. — Die von Lenoir behauptete Beschlagnahme der „Perleveranza“ ist erfunden. Die Pressefreiheit ist fester als je constatirt durch die in den vorzüglichsten Städten erscheinenden clericalen und republikanischen Journale.

Preußen.

Berlin, 14. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kandidaten der General-Staats-Kasse, Geheimen Rechnungs-Rath Wegel, den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse, und dem Steuer-Einnehmer Zerah zu Sommerfeld im Kreise Kroppen den königl. Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Kreisgerichts-Rath Wittke in Streblen zum Director des Kreisgerichts in Gräz; so wie den Kreisrichter Witzolz zu Ostrowo zum Director des Kreisgerichts in Schrimm zu ernennen; und dem Kreisphysikus Sanitäts-Rath Dr. Rau in Altwasser den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath zu verleihen.

Berlin, 13. Mai. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des Minister-Präsidenten, des Kriegsministers und des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn von Manthey, so wie des Wirklichen Geheimen Raths, Geheimen Rats-Raths Maire entgegen.

K. C. Berlin, 13. Mai. [Die Adresse an den König.] Die seit einiger Zeit von den beiden großen liberalen Fractionen vielfach ventilirte Frage über den Entlass der Adresse an den König ist endlich zur Entscheidung gekommen. Bisher war der auf Erlass einer Adresse gerichtete Wunsch der deutschen Fortschrittspartei deshalb vertagt worden, weil die befreundete Fraction des linken Centrums vorher noch die Militärbudgete erledigen wollte. Der Zwischenfall von gestern und vorgestern hat nun diese Eventualität in ungewisse Ferne gerückt und zugleich die Möglichkeit eines raschen — sei es provisorischen, sei es definitiven — Abschlusses der parlamentarischen Verhandlungen nahe herbeigeführt. Die deutsche Fortschrittspartei hat daher geplatzt, nicht länger zögern zu dürfen, in dieser schweren Krise des Landes und bei der völligen Ausschüttelung aller Verhandlungen mit dem gegenwärtigen Ministerium vor Thron und Land die Gefahren offen darzulegen, in denen Staat und Königreich sich befinden.

Im Laufe des gestrigen Tages hatten die schon früher eingeführten Vertrauensmänner der Fraction, die Abgeordneten Birchow, Zimmermann und (statt des verhinderten Abg. v. Unruh) v. Köhne sich mit den Vertrauensmännern des linken Centrums über eine etwas veränderte Fassung des ursprünglichen Birchow'schen Entwurfs geeinigt, — wobei indeß ausdrücklich bemerkt werden muß, daß diese Einigung die Entscheidung des linken Centrums so gut wie der deutschen Fortschrittspartei durchaus nicht vorgewarnt, sondern völlig freiließ. Die deutsche Fortschrittspartei beschloß nun nach kurzer Debatte, in dieser vereinbarten Fassung den Adressentwurf an bloß anzunehmen, das linke Centrum folgte davon in Kenntniß zu setzen und

eben so noch an demselben Abend den betreffenden Antrag auf Annahme dieses Adressentwurfs im Plenum an den Präsidenten des Hauses zu übergeben. — Zu derselben Zeit hatte das linke Centrum fast einstimmig beschlossen, eine Adresse sofort noch im nächsten Plenum zu beantragen; maßgebend sind dabei Gründe der Opportunität gewesen, die Situation habe sich gegen früher nicht wesentlich verändert; ein Abschlus der parlamentarischen Verhandlungen aus Anlaß der letzten Vorgänge sei für die Regierung unmöglich; eventuell würde derselbe das Haus in die allerbeste Position vor dem Lande bringen. Bei der unmittelbaren an die getrennten Fraktionsvereinigungen sich anschließenden gemeinsamen Konferenz standen diese Beschlüsse einander gegenüber und die Differenz wurde nicht ausgeglichen. Seitens der deutschen Fortschrittspartei wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die befreundete Fraction den einmal eingebrachten Adressentwurf, der ja in seiner Fassung von den Vertrauensmännern derselben gebilligt worden, ihre Unterstützung nicht verweigern werde.

Der von der deutschen Fortschrittspartei eingebrachte Adressentwurf lautet: **Allerhöchster Kaiserlicher Majestät.**

I. Im Beginn der gegenwärtigen Session hat das Haus der Abgeordneten, eine schwere Pflicht gegen Krone und Land erfüllend, Ew. königl. Majestät seine Auffassung über die Lage des Landes offen und fürdrücklich dargelegt. Angesichts dieser Lage sah es sich zu der feierlichen Erklärung genöthigt, daß der innere Frieden und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne.

II. Es sind seitdem drei Monate vergangen, ohne daß die Verfassungs-Verletzung beseitigt, ohne daß dem Lande eine Bürgschaft dafür gewonnen wäre, daß dieselbe sich nicht wiederholen werde.

III. Die Minister Ew. Majestät fahret vielmehr fort, verfassungswidrige Grundzüge offen auszusprechen und zu betheiligen. Nicht genug damit, haben sie sogar ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheißene Geheiß über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben sich nicht scheut, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können.

IV. Zu der inneren Noth haben sich mehr und mehr äußere Gefahren gesellt. Schon vor drei Monaten haben wir Ew. königl. Majestät unsere Ueberzeugung nicht verhehlt, daß ohne eine Lösung der inneren Schwierigkeiten im Sinne der beschworenen Verfassung die Abtugung und Stärkung Preußens nach außen gefährlich bedroht sei. Durch die Politik, welche die Minister seitdem verfolgt haben, sind die Befürchtungen des Landes immer höher gesteigert, und wir glauben nicht länger zögern zu dürfen, in tiefer Ehrfurcht vorzustellen, es möge Ew. königl. Majestät gefallen, die Personen, und mehr noch das System zu beseitigen, welche Thron und Land in das Verderben zu stürzen drohen.

V. Noch vor einem Jahre bestand Preußen sich in einer günstigeren äußeren Lage, als sie seit lange bestanden hatte. Die entschiedenere Haltung der Regierung Ew. Majestät hatte die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands mehr und mehr belebt. An die Stelle der Sondergefühle und des Mißtrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem einen großen nationalen Ziele zu treten. Unter erhabenen Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen.

VI. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihr verfassungswidriges Verhalten im Innern haben sie die Achtung und Neigung der Völker erschwert. Statt der Einigung ist ein Zerwürfniß in Deutschland hervorgerufen, welches selbst jene Bande zu lösen droht, die am festesten geknüpft und durch das materielle Interesse gesichert zu sein schienen. Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa.

VII. Schon bereiten sich überall neue Bündnisse vor, schon regen sich unsere offenen und geheimen Widersacher. Die Minister Ew. Majestät haben dem Hause der Abgeordneten selbst erklären müssen, daß Preußen Feinde ringsum habe, daß ihm ringsum kriegerische Verwicklungen drohen. Dänemark hat den Zeitpunkt für glänzend erachtet, die Verträge zu brechen, welche es so lange ungestraft verletzt hatte. Die Regierung Preußens, dessen Ehre für Schleswig-Holstein verpfändet ist, fand keine andere Antwort darauf, als eine Reichsverwahrung.

VIII. Es ist dahin gekommen, daß Preußen, welches für Alle ein erwünschter Bundesgenosse war, so lange die Sympathien des deutschen Volkes sich ihm zuwendeten, jetzt das Bündniß einer Macht sucht, welche der Entwicklung unseres Staates beharrlich entgegengeartet hat, daß es dieses Bündniß sucht in einem Zeitpunkt, wo jene Macht nicht einmal den Zustand im eigenen Lande zu bewältigen im Stande ist. Ein solches Bündniß wäre schlimmer und schmerzlicher, als das Alleinsein Preußens.

IX. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholtenmalen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf dem jähabschüssigen Wege, den sie in der polnischen Frage betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Gutheiften der Landesvertretung.

X. Königlich Majestät! Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit einem solchen Ministerium. Es sagt sich los von der Politik, deren Träger diese Minister sind. Die Schuld aller Folgen laßt auf denen, die nicht sehen wollen, welche Gefahren sie dem Staate und dem Königthum bereiten.

Allerhöchster Kaiserlicher Majestät. XI. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblicke, wo, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht geworfen sind. Es erfüllt die Gewissenspflicht, vor Eurer Majestät in tiefer Ehrfurcht zu erklären, daß es seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ablehnen muß, und daß es alle verfassungsmäßigen Mittel benutzen wird, um wenigstens das schwerste Unheil abzuwenden, welches Land und Herrscherhaus treffen könnte, — einen Krieg unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems!

XII. Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten des Landes bei Ew. königlichen Majestät Gehör finden! Möge Ew. Majestät dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht zurückgeben, das Gefühl der Einigkeit zwischen Fürst und Volk auf dem Boden des Vertrauens von Neuem erwecken, und das stolze Banner der nationalen Macht und Einheit wieder entfalten!

In tiefer Ehrfurcht verharret Ew. königlichen Majestät allerunterthänigstes, treuehuldigstes das Haus der Abgeordneten.

Zur Einbringung dieses Adress-Entwurfs hatte die deutsche Fortschrittspartei eine Plenarversammlung für heute gewünscht; dieselbe konnte indeß nicht mehr ermöglicht werden.

Heute Morgen ist nun die Fraction des linken Centrums noch einmal in Berathung getreten. Das Ergebnis derselben liegt in folgendem Antrage vor:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: eine Commission zur Vorberathung einer Adresse an Se. Maj. den König über die Lage des Landes in Gemäßheit der §§ 67, 68 der Geschäftsordnung zu ernennen. — Gründe: Nachdem die Verabreichung des Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienste dem Ende nahe, und der abgeklärte Bericht über das ordentliche Budget der Militärverwaltung bis zur Berathung im Hause geblieben ist, erscheint es angemessen, gleichzeitig mit dem Abschlus des Hauptgeschäftes der Session eine Adresse an den König Majestät über die Lage des Landes, die Stellung des l. Staatsministeriums, und den Zustand der Verfassung zu richten.“

Die Bedeutung dieses Antrages ist eine negative; in dem Antrage selbst ist indirect erklärt, daß der Adressentwurf der deutschen Fortschrittspartei — wenigstens für jetzt — nicht unterstützt werden soll; nach den Motiven soll die Adresse, falls es zur Militärbudgete und zur Verabreichung des Militäretats nicht mehr kommt, überhaupt nicht beraten werden, und falls die Verhandlungen des Hauses mit der Regierung wieder aufgenommen werden, soll die Adresse erst etwa nach Pfingsten in Frage kommen; es wäre also damit

erklärt, entweder: es ist angemessen, über die jetzige Lage des Landes nach etwa vierzehn Tagen zu berathen, oder: es wird vierzehn Tage im Voraus bestimmt, daß über die dann obwaltende Lage des Landes eine Adresse erlassen werden soll. Soffentlich gewährt die übermorgen einzutreffende Adress-Commission Gelegenheit zu einer Verständigung, deren Mangel das Land zu beklagen alles Recht hätte.

[Als Beitrag zur Charakteristik des jetzt entbrannten Conflicts] ist noch zu erwähnen, daß die Commissarien des Kriegsministeriums sich gestern und heute als dienlich verhielten erklärt haben, den Verhandlungen der Budget-Commission beizuwohnen. Das Finanzministerium war gestern und heute vertreten.

Der Antrag auf Erlass der Adresse ist von dem Abgeordneten Dr. Birchow gestellt und von folgenden Abgeordneten unterstützt: Baron von Baer, Freiherr v. Seydlitz und Kurzach, Herrmann, Larz, Parisius (Cardelegen), Neffe, Frenkel, Dual, Voigtel, Veltbusen, Schumann, v. d. Straeten, Leue, Schmiedeknecht, Meibauer, Bahn, Kert, Reichenheim, Dr. Eberlin, Klotz, Freiherr v. Hoyerbed, Dr. Langerhans, Dr. Luning, Behrend, v. Hennig (Strasburg), Cetto, Dr. Weder (Dortmund), Böme (Bielefeld), Kunge, Rahn, Khl, Bresgen, Caspers (Koblenz), v. Jordanbed, Gerth, Caspers (Meyen), Dr. v. Kalau v. d. Hofe, Schlid, Hahn, Dr. Müller (Arnswalde), Rassauf, Hogen, Salsiedt, Dr. Rupp, Baur, Ghome, Walotbauhen, Radmit, May, Dr. Baur, v. Unruh, Steinhardt, Baud, Dr. Bernhardt, John (Marlenwerder), Schwarz, Roemer, Koehler, Gorkha, Bant, Strickerberger, von Hennig (Graudenz), Dr. Freye (Minden), Schulze (Seebauhen), Dr. Beilke, Schiebler, Gerlich, Hoffmann (Oblau), Dr. Böme (Dortmund), Bieker, Ludwig, Siemens (Lenep), Mellien, Buchholz, Dr. John (Coblenz), Laddel, Heidenreich, Soente, v. Sauten (Gerdaunen), Niesenstahl, Dr. Diesterweg, Dr. Koch, Kolschoven, Kies, Bellier de Launay, Dr. Voigt, Lucas, Rudolph, van der Leeden, Dunder, Krieger (Goldbach), Schulze (Berlin), Lohwitt, Dr. Koch, v. Gerstor, v. Roenne (Solingen), Barre, Parisius (Brandenburg), Hagen, Dr. Zechow, Zimmermann, Schmidt (Randon), Prince-Smith, Michaelis, Fortmann, Müller (Anclam), Behm, Papendieck, Windelmann (Zantenheim), Haebler, Berger, Stephann, Herold und Siemens (Schweinitz).

Pl. Berlin, 14. Mai. [Die Schreiben des Hrn. v. Bismarck an die Geschäftsordnungs-Commission.] Dem Bericht sind nebst dem Schreiben des Staatsministeriums an das Haus folgende beiden Briefe an den Vorsitzenden der Geschäftsordnungs-Commission, Dr. Koch, beigelegt:

1) Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom heutigen Tage habe ich die Ehre gehabt zu erhalten und erlaube mir in Beantwortung desselben auf das an das Präsidium des Hauses gerichtete Schreiben des königlichen Staatsministeriums vom gestrigen Tage und auf die darin enthaltene Darlegung der Verhältnisse Bezug zu nehmen, welche einer Betheiligung des Ministeriums an der Thätigkeit des Hauses der Abgeordneten im Wege stehen.

Berlin, den 12. Mai 1863.

2) Ew. Hochwohlgeboren gefällige Mittheilung an das Staatsministerium in Betreff der heutigen Commissionssitzung habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und werde dieselbe unverzüglich zur Kenntniß des Staatsministeriums bringen, bedauere indeß, daß dieses bis heute um 5 Uhr nicht möglich sein wird.

Uebrigens ist wohl zu bemerken, daß morgen auch der Handelsvertrag mit Belgien auf die Tagesordnung des Herrenhauses nachträglich gesetzt worden ist. Man glaubt hieraus einen Anhalt für die Vermuthung einer Verständigung oder Schließung der Session gewinnen zu können.

[Conferenz in der polnischen Frage.] Wie die „B.“ und „P.“ vernimmt, hat die preussische Regierung ihre Zustimmung zu einer europäischen Konferenz behufs Regelung der polnischen Frage noch nicht ausgesprochen; es wird jedoch nicht bezweifelt, daß sie dieselbe erteilen wird.

[Berichtigung.] Die „B. Bdr. 3.“ schreibt: Wir werden ersucht, die in unserer letzten Morgenzeitung gegebene Notiz von einer viel Aufsehen erregenden Scandalgeschichte dahin zu berichtigen, daß das Duell von dem dort die Rede, nicht stattgefunden habe, mithin der Herr v. A. auch nicht schwer verwundet sei. Von anderer Seite erfahren wir, daß es fortgesetzten Bemühungen gelungen sein soll, zwischen den Betheiligten ein blutiges Rencontre zu verhindern.

Deutschland.

Frankfurt, 12. Mai. [Italiens Stellung zur polnischen Frage.] Die heutige „Europe“ berichtet über eine Unterredung des russischen Gesandten Grafen Stadelberg mit dem Minister Benosla. Stadelberg habe unter Anerkennung des Tactes der italienischen Regierung gegenüber den Polenmässigen auf eine rigorose Ueberwachung der Kriegsbedarfs-Transporte und der Fahrten von Freiwilligen nach Polen gedrungen. Derselbe habe ferner ein Project Garibaldi's einwärts der Ofsee einen Handstreich im Interesse des polnischen Aufstandes und einen allgemeinen Losbruch desselben einzuleiten, enthielt. Darauf sei die Durchsuhung des von Caprera gekommenen Dampfers Lombardia, die Entdeckung einer nach der Ofsee bestimmten großen Quantität Waffen und Munition erfolgt. Die Passagiere des Dampfers seien jedoch nicht verhaftet, am 7. Mai in den Straßen Turins gesehen worden, darunter der Sohn Garibaldi's Pantaleo und der Deputirte Cairoli. Trozdem fordere G. Garibaldi auf, die Sendung von Kriegsbedarf für die Polen auf allen möglichen Wegen fortzusetzen. Die „Europe“ präntirt, zu der Angabe autorisirt zu sein: Die italienische Regierung werde das Auslaufen italienischer Schiffe mit Kriegsbedarf aus den Häfen Italiens hindern, könne aber das Reisen italienischer Bürger an beliebige Orte gesetzeshalber nicht verbieten.

Rußland.

Warschau, 12. Mai. [Ueber die Stellung, welche der Papst zur polnischen Frage anzunehmen geneigt ist], geht der „R. Pr. 3.“ aus guter Quelle folgende Auskunft zu: Es lag im Interesse der russischen Regierung, den Papst zu einem Akte zu bewegen, durch welchen er die polnische Revolution offen gemißbilligt und der polnischen Bevölkerung, als seinen katholischen Söhnen, das Niederlegen der Waffen angerathen hätte. Da gerade der katholische Clerus in Rußisch-Polen in der Revolution eine hervorragende Rolle spielt, so wäre Rußland besonders daran gelegen gewesen, daß sich der Papst mit einer abmahnenden Warnung an den Episcopat und die Geistlichkeit Polens gewendet hätte. Der r. russische Gesandte in Rom ist in der That angewiesen worden, in dieser Richtung Schritte bei dem Cardinal Antonelli und bei St. H. dem Papst zu thun. Sie sind jedoch nicht nur erfolglos gewesen, sondern die päpstliche Regierung hat sich auch dem russischen Gesandten gegenüber schriftlich über die Gründe ausgesprochen, die es ihr unmöglich machen, auf die Wünsche des Kaisers Alexander einzugehen. Dieses Schriftstück gehört der neueren, ja der neuesten Zeit an. Sein Inhalt soll zugleich die Bekümmerniß des Papstes über den kirchlichen Druck ausdrücken, den Rußland bisher auf seine katholischen Unterthanen ausgeübt hat, und soll überhaupt den antikatolischen Tendenzen der russischen Politik, so weit das in einem diplomatischen Aktenstück zwischen befreundeten Regierungen möglich ist, einer tadelnden Kritik unterliegen.

